



Konzepte und Handlungsempfehlungen gegen Rassismus und Diskriminierung

Der Thüringer Landtag hatte mit den Stimmen der Abgeordneten von LINKE, SPD, Grüne und CDU am 26. Januar die Einsetzung einer Enquetekommission beschlossen mit dem Titel „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“. Welche Ziele die Kommission verfolgt, worum es konkret gehen sollte und welche Erwartungen gesellschaftliche Akteure haben, dazu hatte die Linksfraktion am 16. Februar in den Landtag eingeladen. Die Gäste erlebten einen spannenden, inhaltsreichen Diskussionsabend.



Mit der Enquetekommission, die auf Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses der vergangenen Legislaturperiode eingesetzt wurde, „wollen wir konkrete nachhaltige Konzepte und Handlungsempfehlungen gegen strukturellen und institutionellen Rassismus für die Landespolitik und Verwaltung, aber auch Zivilgesellschaft auf den Weg bringen“, hatte eingangs Sabine Berninger betont. Die Flüchtlingspolitikerin wird für die LINKE der Enquetekommission als Obfrau angehören.

„Rassismus ist ein Gift, das die Gesellschaft spaltet“

Vor allem das Einführungsreferat von Prof. Dr. Barbara John, Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der NSU-Opfer, (s. Foto) gab Impulse für weitere Überlegungen. Die frühere Ausländerbeauftragte des Berliner Senats nannte es „bemerkenswert und vorbildlich, dass Thüringen diese Verantwortung annimmt“. Sie mahnte für Deutschland eine Strafrechtsnorm für Rassismus, ähnlich wie in der Schweiz, an. „Rassismus ist ein Gift, das die Gesellschaft spaltet und demoralisiert“, betonte sie und dass jeder davon betroffen sein könne. Sie plädierte dafür, Rassismusforschung zu institutionalisieren und Kompetenzen zu zentrieren.

Weitere Expertinnen und Experten, Betroffene und Menschen aus der Zivilgesellschaft kamen im Verlaufe der Veranstaltung zu Wort. So gelang es sehr eindrucksvoll, die verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und Anregungen für die Arbeit der Enquetekommission zusammenzutragen. Zum Bereich der antirassistischen Bildungsarbeit sprach Melanie

Pohner vom DGB-Bildungswerk Thüringen. Sie stellte Fragen in den Raum: „Für wen und wann muss antirassistische Bildung ansetzen? Was muss diskutierbar sein und wann ist Abgrenzung notwendig? Was ist mit Bildung zu erreichen und welche Anforderungen stellen sich an die Politik?“ Dazu erhoffte sie sich von der Enquetekommission Antworten.

Von ezra, der Mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, war Christina Büttner da, die auf eine deutliche Zunahme von Angriffen in Thüringen, die vor allem rassistisch motiviert seien, verwies. Die aktuellen Zahlen für das vergangene Jahr werden gerade zusammengetragen. „Rassismus ist ein Grundproblem unserer Gesell-

alitionsvertrag von Rot-Rot-Grün. Auch gebe es in Thüringen „leider keine Antidiskriminierungsstelle, die nahe an den Selbstorganisationen ist und niedrigschwellig“.

Zur Diskriminierung in der Arbeitswelt und auf dem Wohnungsmarkt sprach Daniel Bartel, langjähriger Mitarbeiter des sächsischen Antidiskriminierungsbüros. Eine Untersuchung bei Wohnungsunternehmen habe ergeben, dass in 50 Prozent der Fälle Flüchtlinge bereits am Telefon abgewimmelt würden. Notwendig sei „der Aufbau konkreter, greifbarer Beschwerdestrukturen in den Institutionen“.

Zur Problematik der intersexuellen Diskriminierung berichtete Prof. Dr. Andrea Nachtigall von der Ernst-Ab-

auch Josina Monteiro vom Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement aus. Vor allem sei es nicht hinnehmbar, dass Sozial- und Jugendämter Flüchtlingen von vornherein Leistungsmissbrauch unterstellten. Auch würden häufig zusätzliche Forderungen erhoben, die nur an Migranten gerichtet seien.

Wie wichtig ein diskriminierungsfreier öffentlicher Diskurs ist, darauf machte Alice Lanzke von den Neuen deutschen Medienmachern aufmerksam. „Wir müssen aufpassen, dass wir präzise berichten, denn wir geben durch Wort- und Bildauswahl eine Richtung vor.“ Medienschaffende sollten sich bewusst sein, „aus welchem Kontext bestimmte Begrifflichkeiten stammen und welche Assoziationen sie auslösen“.

In der abschließenden Diskussionsrunde, die, wie auch der gesamte Abend, durch den Journalisten Sebastian Haak hervorragend moderiert wurde, ergriff u.a. Matthias Quent, Leiter der neuen Thüringer Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie, das Wort. Es sei deutlich geworden, dass „bereits viel Expertise vorhanden ist“ und „wo Handlungsspielräume in den Behörden bestehen“. Nun gehe es um die konkrete Umsetzung. Katharina König, LINKE-Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss, unterstrich, die Enquetekommission dürfe „kein Labergremium werden“. Es gehe letztlich darum, dass die notwendigen Beschlüsse gefasst und Verwaltungsvorschriften erlassen werden.

Annette Rudolph

Video zur Veranstaltung:

www.facebook.com/LINKE.Thueringen/video



schaft, mit dem wir uns alle auseinandersetzen müssen. Und es betrifft insbesondere Menschen, die anderen Menschen in Machtpositionen ausgeliefert sind“, betonte sie und dass „dieser strukturelle Rassismus nicht geduldet“ werden dürfe. Da habe die Politik eine große Verantwortung.

Christina Büttner forderte für die Flüchtlinge, die Opfer rassistischer und rechter Gewalt wurden, ein Bleiberecht. Dazu verwies sie auf den Ko-

be-Hochschule Jena. Sie freue sich, dass „diese Perspektive hier Gehör findet“. In Thüringen gebe es kaum Schutzzräume und Vernetzungsmöglichkeiten, gerade im ländlichen Raum. Sie erinnerte an die Zahlen des Thüringen-Monitors, wonach 25 Prozent der Befragten homophobe Einstellungen aufwiesen. Es sei mehr Forschung notwendig und professionelle Beratung.

Für lokale, niedrigschwellige Antidiskriminierungsstellen sprach sich

Privatisierung verhindern

NACHGEFRAGT bei Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin der Linksfraktion für Verkehrspolitik

„Keine Privatisierung von Autobahnen und Fernstraßen in Thüringen“, dazu debattierte auf Antrag der LINKE-Fraktion der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde am 27. Januar. Aus welchen Überlegungen heraus?

Mir war es in der Debatte wichtig vorzuschicken, dass es sich ja schon länger abgezeichnet hat, dass ein großer Teil der gesamten Verkehrsinfrastruktur auf einen bedenklichen Zustand und auf Substanzverzehr hinsteuert. Zu den Ursachen gehören die unzureichende Bereitstellung von Bundesmitteln, Erhaltungsmaßnahmen wurden unterlassen zugunsten von Neubauvorhaben, die Verkehrsdichte hat sich enorm erhöht, aber es fehlen auch langfristige Planungen und eine vernetzte Betrachtung der gesamten Verkehrsinfrastruktur mit einer deutlichen Priorisierung der Schienenwege.

Wie sind die Regelungen und was ist geplant?

Bisher hat der Bund den Unterhalt und den Ausbau der Autobahnen und Bundesfernstraßen bezahlt. Die Länder haben die beschlossenen Ziele umgesetzt. Nunmehr sollen in einer neu zu schaffenden Bundesfernstraßengesellschaft beide Bereiche gebündelt werden. Als Anstalt öffentlichen Rechts soll eine privatrechtlich organisierte „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ entstehen. Derzeit wird die dazu notwendige Grundgesetzänderung vorbereitet. Daher war es uns wichtig, im Thüringer Landtag zu diesem Vorhaben Position beziehen.

Inwiefern droht eine Privatisierung von Autobahnen und Fernstraßen?

Die Bundesregierung plant, die Beteiligung privater Investoren am Stra-

ßenbau zu erhöhen. Dafür soll möglicherweise auch Eigentum aus dem Bundesfernstraßennetz an private Kapitalgeber veräußert werden. So wird der Einfluss privaten Kapitals auf die zu gründende Infrastrukturgesellschaft ermöglicht oder eventuell durch Tochtergesellschaften realisiert. Es läuft auf jeden Fall darauf hinaus, einen Privatisierungszugriff

den Bundeshaushalt gesichert werden. Dies alles wäre zudem völlig intransparent. Parlamente und Bürgerinnen und Bürger verlieren Einfluss auf Verkehrspolitik. Ungeklärt sind zudem die Beschäftigungsverhältnisse in der Auftragsverwaltung in den Ländern, ungeklärt auch die Möglichkeit, regionale Unternehmen zu beteiligen. Der Bundesrechnungshof hat sich die sechs bislang durchgeführten ÖPP-Autobahnprojekte angeschaut und festgestellt, dass fünf davon in der Wirtschaftlichkeit schlechter abschneiden als bei staatlicher Auftragsverwaltung. Es entstanden Mehrkosten von 1,9 Milliarden Euro.

Ministerpräsident Bodo Ramelow will das so nicht hinnehmen?!

Ja, er hat auf der im Oktober stattgefundenen Konferenz von Bund und Ländern eine Protokollerklärung abgegeben. Das unveräußerliche und vollständige Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen sowie an der Infrastrukturgesellschaft soll in der beabsichtigten Grundgesetzänderung festgeschrieben werden.

Notwendig ist, dass das Straßennetz öffentliches Eigentum bleibt, die Länder politisches und fachliches Mitspracherecht haben, die Beteiligung der Öffentlichkeit an Bauvorhaben nicht eingeschränkt werden darf und dass die Arbeitsplätze in der bisherigen Auftragsverwaltung der Länder gesichert werden. Staatssekretär Dr. Klaus Sühl hatte dazu im Landtag betont, dass die Gewährleistung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur eine Daseinsvorsorge und damit Aufgabe des Staates ist. Daher lehnt die Landesregierung eine Beteiligung Privater ohne Wenn und Aber ab. Die durch die Bundesregierung vorgesehenen Privatisierungsschranken sind aus Sicht des Freistaats Thüringen unzureichend. ■



Spenden von über 1,15 Millionen Euro

Wie kürzlich im „Freien Wort“ nachzulesen war, hat der LINKE Landtagsabgeordnete Steffen Harzer dem Meininger Briefmarkenverein einen Spendenscheck der Alternative 54 Erfurt e.V. übergeben. Mit dem Geld soll die Jugendarbeit des Vereins mit dem Evangelischen Gymnasium Meiningen unterstützt werden.

Die Landtagsabgeordneten der LINKEN helfen auf diese Art und Weise schon seit vielen Jahren überall im Lande Vereinen, Projekten und Initiativen mit Spenden für konkrete Vorhaben.

Aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Artikel 54 der Landesverfassung – eine



Klage der Fraktion vor dem Landesverfassungsgericht in Weimar war leider nicht erfolgreich – hatten im Jahr 1995 die Landtagsabgeordneten der PDS den Verein Alternative 54 Erfurt e.V. gegründet. Sie lassen damit Gelder aus ihren automatischen Diäten-Erhöhungen als Spenden gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Projekten zukommen.

Seit Gründung des Vereins vor 21 Jahren wurden mehr als 1.157.000 Euro aus den Abgeordneten-Diäten gespendet. ■

FRAKTION IN AKTION

Opel-Standort

Die Fraktion DIE LINKE hatte für die Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 22. Februar (nach redaktionsschluss dieses Parlamentsreports) eine Aktuelle Stunde beantragt mit dem Titel „Chancen und Risiken der geplanten Übernahme von Opel durch PSA: Arbeitsplätze in Eisenach sichern“. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Dieter Hausold, bezeichnete in diesem Zusammenhang die Sicherung der Arbeitsplätze als „zentrale und wichtigste Frage“ und hob dazu die Forderung nach einer umfassenden Einbeziehung der betrieblichen Interessenvertretungen – Betriebsrat, Gewerkschaft – hervor. Der Abgeordnete betonte die Notwendigkeit, dass „der Landtag ein klares Zeichen setzt und sich stark macht für den Erhalt des Opel-Standorts Eisenach“. ■

Diskussionen vor Ort

Fragen an die LINKE-Landtagsabgeordneten und den Fraktionsvorstand können Bürgerinnen und Bürger bei den verschiedenen Veranstaltungen der Landtagsfraktion vor Ort in Thüringen an die Frau bzw. den Mann bringen. Dazu stehen die Fachexpertinnen und -experten sowie die Fraktionsvorsitzende Susanne Henig-Wellsov bei sieben Terminen in der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ zur Verfügung.

Speziell zum Thema Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen werden sich die Diskussionsrunden am Donnerstag, den 2. März, ab 19.30 Uhr im Stadthaus Apolda und am Dienstag, den 14. März, um 18.00 Uhr im Sporthotel Mühlhausen mit dem Kommunalpolitiker der Linksfraktion, Frank Kuschel, drehen. Themenoffen sind die

Groß war das Interesse am Diskussionsangebot der Linksfraktion zur Gebietsreform im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ am 12. Januar in Saalfeld.

Dabei spielte insbesondere die Abwägung zwischen den vorgeschlagenen Möglichkeiten eine Rolle.



geplanten Veranstaltungen am 13. März um 19.00 Uhr in Suhl, am 5. April um 18.00 Uhr im Eisenacher Nachbarschaftszentrum, am 9. Mai um 18.00 Uhr im Schützenhaus Ronneburg, am 16. Mai um 19.00 Uhr in Weimar und am 23. Mai um 19.00

Uhr in Bad Salzungen. Die parlamentarischen Gäste der jeweiligen Abende, die Programme und Abläufe werden rechtzeitig auf der Internetseite der Fraktion bekannt gegeben.

Die Einigung von Bund und Ländern auf eine Beschleunigung von Abschiebungen hatte das Land Thüringen abgelehnt und mit einer entsprechenden Protokollnotiz reagiert. Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, erklärte:

„Deutschland braucht keine ‚nationale Kraftanstrengung‘ für noch mehr Abschiebungen und keine weitere Verschärfung des Asylrechtes. Dies wird die Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber Flüchtlingen nicht erhöhen, sondern Ressentiments und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen weiter schüren. Eine ‚nationale Kraftanstrengung‘ hätte dem ‚Wir schaffen das.‘ folgen müssen, und zwar in Bezug auf Unterstützung der vielen ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierten.“

Leistungen und Programme für eine erfolgreiche Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen, Regelungen für die sogenannten ‚Altfälle‘ und eine wirkliche Beteiligung

Entscheidung war richtig und wichtig

#keinsicheresLand

Unter dem Hashtag #keinsicheresLand hatten für den 11. Februar bundesweit zahlreiche Organisationen zum Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan aufgerufen. Auch in Thüringen hatten Kundgebungen und Mahnwachen, wie in Erfurt und Sömmerda, stattgefunden.

Die LINKE-Landtagsfraktion hatte die Protestaktionen unterstützt, die einhergegangen waren mit der Forderung an die Landesregierung, einen Afghanistan-Abschiebestopp zu erlassen und sich auf Bundesebene gegen die Einstufung Afghanistans als „sicheres Herkunftsland“ einzusetzen. „Ein anderer Hashtag - #einerfindetssicher - bringt die abstruse Politik der Bundesregierung auf den Punkt: #einerfindetssicher zielt konkret auf den Bundesinnenminister ab, der sich nur in schussicherer Weste, behelmt und in Panzerbegleitung in genau die Region traut, die er selbst als sicher bezeichnet und in die er zwar nicht Touristen, wohl aber Geflüchtete schicken will.“

Während der Bundestag 2016 beschließt, den Bundeswehreininsatz in Afghanistan zu verlängern, wird einer Unterstützerin afghanischer Geflüchteter durch das Auswärtige Amt eine Reise in dieses Land untersagt. Wegen der Sicherheitslage“, so beschrieb Sabine Berninger die abstruse Situation.

Die UN sieht insbesondere für männliche Flüchtlinge die drohende Zwangsrekrutierung für Milizen als Fluchtgründe nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der UNHCR sprach

von einer sich 2015 verschlechterten Menschenrechtssituation und Sicherheitslage mit einer Rekordzahl konfliktbedingter ziviler Opfer. Der UNHCR hat seinen Bericht noch einmal aktualisiert und noch verschlimmerte Bedingungen nachgewiesen. Die Bundesrepublik aber schiebt Menschen zwangsweise dorthin ab, weil es dort angeblich „sichere Regionen“ gebe.

Leitbild Menschenrechte

„Eine solche Politik ist schäbig. Nicht nur unehrlich, sondern bewusst verlogen. Und erst recht - und das ist am Schlimmsten - zynisch, denn die EntscheiderInnen von Schwarz-Rot im Bund wissen sehr genau, was eine Abschiebung nach Afghanistan bedeutet. Drohende Verfolgung, drohende Inhaftierung, drohende Folter...“, so Sabine Berninger weiter.

Sie dankte für eine Initiative der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V., die sich per offenen Brief an die Landesregierung für einen Abschiebestopp nach Afghanistan einsetzt. Die LIGA appellierte dabei nicht einfach „nur“ für einen Erlass, sondern forderte ebenso wie der UNHCR, die Schutzgründe afghanischer Geflüchteter neu zu beurteilen. Und zwar auch in bereits entschiedenen Asylverfahren.

„Und das ist, was eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik ausmacht: nicht in Herkunftsländern sichere Regionen vorgaukeln oder sich hinter Rechtsbegriffen (wie „sichere Herkunftsländer“) verstecken, sondern tatsächlich Menschenrechte zum Leitbild der Politik zu machen, Schutzsuchenden auch tatsächlich Schutz zu gewähren und nicht, sie abzuschieben in Länder, in denen sie ihres Lebens nicht sicher sind.“

„Den von Merkel ausgerufenen Wettbewerb der Schäßigkeit im Umgang mit Geflüchteten dürfen wir nicht mitmachen.“

DIE LINKE.

Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Deutschlands bei der Beseitigung von Fluchtursachen - das sind die Baustellen, wo die Bundesregierung endlich handeln sollte. Deswegen ist die Entscheidung Thüringens richtig und wichtig, sich an Konferenzen nicht zu beteiligen, die nur Schaufenster einer gescheiterten Flüchtlingspolitik sind. Den von Frau Merkel und der großen Koalition ausgerufene Wettbewerb der Schäßigkeit im Umgang mit Geflüchteten dürfen VerfechterInnen einer menschenrechtsorientierten Politik nicht mitmachen.“

KURZ UND PRÄGNANT

Equal Pay Day (EPD):

Die Abgeordneten der Linksfraktion beteiligen sich auch in diesem Jahr wieder am Equal Pay Day. Er markiert symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts betrug die Lohnlücke gemessen am Durchschnittsbruttostundenlohn 21 Prozent. Umgerechnet ergeben sich 77 Tage (21 Prozent von 365 Tagen) und das Datum des nächsten EPD am 18. März 2017.

Palliativmedizin:

LINKE-, SPD-, Grüne- und CDU-Fraktion haben sich auf einen Antrag zur weiteren Verbesserung der Versorgung von Hospiz- und Palliativpatienten verständigt, der u.a. vorsieht, den Runden Tisch „Hospizarbeit und Palliativmedizin in Thüringen“ weiter zu entwickeln, Palliativteams in den Thüringer Krankenhäusern zu fördern und die ehrenamtliche Unterstützung Angehöriger von Schwerstkranken zu stärken.

Landestourismus:

„2017 ist tourismuspolitisch für die Region des Thüringer Waldes ausgesprochen wichtig. Mit dem im zweiten Quartal zu präsentierenden Masterplan Wanderwegenetz und der Landestourismuskonzeption 2025 wird Rot-Rot-Grün auch im Rahmen des Reformationsjubiläums und des Deutschen Wandertags 2017 in Eisenach die Weichen für eine erfolgreiche touristische Entwicklung stellen“, so der LINKE Landtagsabgeordnete Knut Korschewsky.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/

NACHRICHTEN

Protest gegen CETA

Die LINKE-Abgeordneten im EU-Parlament haben am 15. Februar das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada abgelehnt (s. Foto). Aber auch die massive demokratische Gegenwehr auf den großen Demonstrationen in Europa konnte es letztlich nicht verhindern. Die Fraktions- und Parteivorsitzende der Thüringer LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, hofft, dass keine Ratifizierung des Abkommens im Bundesrat erfolgt. Schon der Verhandlungsprozess war undemokratisch: die Vertragsunterlagen waren nur in Leseräumen einsehbar und öffentlich selbst für Abgeordnete nicht zugänglich. Besonders problematisch ist das Abkommen beim vertraglich geregelten Investorenschutz. So können Investoren Bankenregulierungen unterlaufen. Es erlaubt privaten Unter-



nehmen, gegen die Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen zu klagen. Der öffentliche Dienstleistungssektor wird erhöhtem Privatisierungsdruck ausgesetzt. CETA greift beim Beschaffungswesen für Kommunen oder bei Verkehrsdienstleistungen in die Länderhoheit ein und beengt die Spielräume für Kommunen.

Geschenk an Dienste

„Die Neuregelung des Bundesarchivgesetzes ist ein Geschenk an die Nachrichtendienste. Geheimniskrämerei wird noch einfacher, da die Dienste nun die volle Legitimation haben, selber zu entscheiden, welche Unterlagen sie für immer vernichten oder ins zentrale historische Gedächtnis der Bundesrepublik und seiner Behörden geben. Die Einschränkung der Abgabepflicht ist ein Rückschritt und nachteilig für Forschung und Journalismus. Transparenz und Kontrolle staatlichen Handelns werden so behindert“, kritisierte die Kulturpolitikerin der Linksfraktion im Landtag, Katja Mitteldorf. Das Gesetz, das jetzt den Bundesrat passiert hatte, war auch bei einer Anhörung im Bundestag auf schwere Bedenken gestoßen.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der vom 22. bis 24. März und vom 5. bis 7. April. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Thüringen-Ausstellung:

Die Fraktion DIE LINKE ist am gemeinsamen Landtagsstand mit SPD und Grünen bei der Thüringen-Ausstellung auf der Erfurter Messe vom 4. bis 12. März in Halle 1, Abschnitt D04, zu finden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Mehr Investitionen in sozialpolitische Maßnahmen

Die Sozialpolitikerinnen der rot-rot-grünen Fraktionen im Landtag haben sich auf einer Klausurtagung im Februar über politische Schwerpunkte in den Bereichen Arbeit und Soziales für die Jahre 2017 bis 2019 verständigt. Die Abgeordneten Karola Stange (LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Babett Pfefferlein (B90/DIE GRÜNEN) erklärten:

„Seit 2014 haben wir bereits wichtige sozialpolitische Vereinbarungen des Koalitionsvertrages erfüllt, unter anderem die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeiterwerbslose und ältere Menschen durch öffentlich geförderte und gemeinwohlorientierte Beschäftigung, die Erhöhung des Blindengeldes oder Initiativen zur Gleichstellung von Frauen.

In den kommenden Jahren werden wir weitere wichtige sozialpolitische Projekte umsetzen. Dazu zählen unter anderem das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen, die weitere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Novelle des Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderung, die Novelle des Seniorenmitwirkungsgesetzes, die Stärkung der Hebammenversorgung in Thürin-

gen, die Herstellung von Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und die Verbesserung des Tierschutzes.“ Auch die bedarfsgerechte Investitionsförderung der Thüringer Krankenhäuser müsse gesichert und Kofinanzierungsmittel im Rahmen des Krankenhausstrukturgesetzes des Bundes zusätzlich in den Sozialhaushalt eingestellt werden. „Mit den Änderungen beim Unterhaltsvorschuss, der Einrichtung der Stiftung Anerkennung und Hilfe und dem Krankenhausstrukturfonds ergeben sich für die Thüringer Sozialpolitik Ausgaben, die aus bundesgesetzlichen Regelungen resultieren. Mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen, sollte das Sozialministerium zusätzliche Mittel für den Doppelhaushalt für 2018/19 anmelden“, so die drei sozialpolitischen Sprecherinnen.

„Die von Rot-Rot-Grün geplanten sozialpolitischen Investitionen in die soziale Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung und die Vereine und Verbände sind notwendig und werden vor Ort direkt den Menschen zugute kommen. So wird Thüringen zu einem noch lebenswerteren und sozial gerechteren Bundesland. Wir werden uns deshalb in den anstehenden Haushaltsverhandlungen für diese Projekte einsetzen.“

Armut bekämpfen – Armutsprävention stärken

Die Koalitionsfraktionen LINKE, SPD und Bündnis90/Grüne haben einen Antrag in den Landtag eingebracht mit dem Titel „Armut bekämpfen – Armutsprävention stärken“. Hintergrund ist die Tatsache, dass mehr als 350.000 Menschen in Thüringen an oder unterhalb der Armutsschwelle leben. Thüringen liegt im bundesweiten Vergleich der Länder mit der Armutsquote an 11. Stelle und weist unter den neuen Bundesländern die geringste Armutsquote auf. In den Thüringer Regionen stellt sich die Armutsentwicklung unterschiedlich dar. Am stärksten von Armut bedroht sind die Alleinerziehenden, die Erwerbslosen sowie Rentnerinnen und Rentner.

Die Landesregierung soll über die bisher ergriffenen und die geplanten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention in Thüringen sowie über die Initiativen auf Bundesebene berichten. Zudem geht es um die Umsetzung der in diesem Zusammenhang notwendigen konkreten Vorhaben in den Bereichen Arbeit, Familienunterstützung, integrierte Sozialplanung und Bildung.

Unterstützung für den Tierschutz

Das Eisenacher Tierheim gehört zu den Besten in Thüringen und in ganz Deutschland – davon konnte sich die Thüringer LINKE-Landtagsabgeordnete Kati Engel kürzlich überzeugen. Zusammen mit dem Eisenacher Stadtratsmitglied Uwe Schenke besuchte sie das Tierheim, um über Probleme und Anliegen mit dem verantwortlichen Leiter der Einrichtung, Horst Otto Gerd Fischer, zu sprechen.

Der Träger des Tierheims ist der Tierschutzverein Eisenach und Umgebung e.V. Dieser ist Mitglied im Deutschen Tierschutzbund e.V. sowie im Landestierschutzverband Thüringen e.V., welchem Herr Fischer ebenfalls vorsteht. Um sich einen Überblick über die Einrichtung zu verschaffen, führte er die Gäste zunächst durch die gesamte Anlage.

„Wir haben bei der Besichtigung einen durchaus positiven Eindruck gewinnen können und das Wichtigste: Die Tiere fühlen sich hier sichtlich wohl“, so die Abgeordnete Kati Engel. Dass man darauf auch sehr viel Wert, das verdeutlichte der Leiter der Einrichtung mehrfach.

Dennoch ist das Tierheim nicht frei von Nöten und Sorgen, die vor allem finanziellen Faktoren geschuldet sind. „Monat für Monat ist der Betrieb des Tierheims ein Plus-Minus-Null-Geschäft. Ohne Spenden wären

keine Investitionen möglich“, so Gerd Fischer. An einer Reihe von Beispielen wurde die finanziell angespannte Situation der Einrichtung deutlich.

„Wir werden prüfen, wie wir Sie und den Tierschutz in Thüringen auf Landesebene besser unterstützen können“, versprach Kati Engel. Auch Uwe Schenke will die Situation des Tierheims erneut in den Stadtrat sowie in die kommenden Haushaltsverhandlungen tragen.

Neben Sachspenden und Geldspenden kann man das Tierheim auch mit einer Tierpatenschaft unterstützen. Wer also kein Tier halten kann oder will, für den ist dies eine gute Option.

Auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind immer gern gesehen. Geöffnet ist täglich von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie 13.00 Uhr bis 14.45 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung unter (03691) 89 00 50.

Offenes Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx.



Nebenbei Notiert

von Annette Rudolph

Dienstleister Politik

Dieser Tage wurde vermeldet, dass die 28.000 Quadratmeter Messefläche auf der 27. Thüringen-Ausstellung restlos ausgebucht seien. Die größte Verbraucherschau Thüringens findet mit mehr als 700 Ausstellern vom 4. bis 12. März auf der Messe in Erfurt statt. Neben den drei regulären Messehallen gibt es in diesem Jahr eine weitere für den Gartenbereich. Und natürlich wird auch wieder ein umfangreiches Programm geboten, das am Eröffnungswochenende mit der Schau „Hochzeit und Feste“ sowie der integrierten Gründer- und Unternehmensmesse „Ignition“ beginnt. Die Themenwelten widmen sich dem Essen und Trinken, der Gesundheit, die der Schwerpunkt am Abschlusswochenende ist, dem Haushalt, dem Spielen, der Mode und vielen anderem mehr.

Auf die Themenwelt Dienstleistung sei an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht. Denn, und das hat gute Tradition, hier treffen die Messebesucher an Ständen Politiker, Vertreter der Landesregierung, Abgeordnete des Landtages.

Nun ist immer wieder von Politikverdrossenheit die Rede. Diese Erfahrung haben gerade auch auf der Thüringen-Ausstellung die Abgeordneten und Mitarbeiter der Linksfraktion des Landtags eher selten gemacht. Gerne wurde Informationsmaterial mitgenommen, sich nach bestimmten Themen erkundigt und, freilich, über manches diskutiert, teils intensiv. Und nicht selten gab es auch weitere Verabredungen in den Wahlkreisbüros der Abgeordneten.

Politiker als Dienstleister im besten Sinne des Wortes, Abgeordnete „zum Anfassen“ und „auf den Zahn fühlen“ – seien Sie sehr herzlich eingeladen und machen Sie die Probe aufs Exempel.

Wir sehen uns in diesem Jahr am Gemeinschaftsstand der rot-rot-grünen Landtagsfraktionen in Halle 1 der Erfurter Messe.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in **UNSERE NEUE ZEITUNG.**

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.